

Medienmitteilung vom 9. April 2013

Die Grünen beurteilen den Bericht "Interkantonales Benchmarking" kritisch - Wirtschaftliche Entwicklung stärken statt sozialen Zusammenhalt gefährden

Die Grünen Kanton Bern nehmen den Bericht "Interkantonales Benchmarking" von BAKBASEL mit Enttäuschung zur Kenntnis. Während der im Dezember 2012 publizierte Zwischenbericht mit Aussagen zu falschen Steuersenkungen und der schwachen Wirtschaftskraft die Finger auf wunde Punkte der Berner Kantonsfinanzen gelegt hat, enttäuscht der zweite Bericht mit einer beliebigen Zahlenfülle. Unter dem betriebswirtschaftlichen Label "Benchmarks" werden – teilweise fragwürdig und nicht nachvollziehbar – Äpfel mit Birnen verglichen. Die Grünen befürchten, dass einseitige Abbauprogramme nicht nur die Gesundheit und den sozialen Zusammenhalt des Kantons gefährden, sondern auch mittelfristige Verbesserungen in der Wirtschaftsstruktur verunmöglichen. Einseitiges Sparen gefährdet die Wirtschaftskraft des Kantons. Zudem müssen unvoreingenommen auch einnahmenseitige Massnahmen auf den Tisch kommen.

Die vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Finanzanalysen liefern unterschiedliche Resultate. Der Zwischenbericht vom Dezember 2012 hat aufgezeigt, dass das strukturelle Defizit des Kantons mit dem klar unterdurchschnittlichen Steuerpotenzial des Kantons zusammenhängt. So liegt die Wirtschaftskraft des Kantons Bern mit 77 Prozent klar unter dem Schweizer Mittelwert und erhöht sich mit dem Finanzausgleich „nur“ auf 85 Prozent. Zudem wies der Bericht darauf hin, dass die beschlossenen „Steuersenkungen zum falschen Zeitpunkt kamen bzw. der Kanton sich diese eigentlich nicht leisten konnte“. Während das Steuerpotenzial im Kanton Bern klar unterdurchschnittlich ist, liegt das Dienstleistungsangebot des Kantons im genau im Durchschnitt; der Kanton Bern ist eine Schweiz im Kleinen.

Der nun präsentierte zweite Bericht vergleicht gesamtschweizerisch Ausgaben, gliedert in 32 Bereiche. Bei den Berechnungen von „Fallkosten“ und „Fallhäufigkeit“ kann nicht zwischen Gemeinde und Kanton unterschieden werden. Ebenso ist nicht ersichtlich, wo es sich um gebundene, unbeeinflussbare Bundesaufgaben handelt. Spielraum gibt es aber nur bei den kantonalen Aufgaben. Zudem: Das im Bericht verwendete Zahlenmaterial stammt aus dem Jahr 2010. Damit bleibt unberücksichtigt, dass der Kanton Bern seither mit massiven Sparrunden (u.a. Entlastungspaket 2012, Budget 2013) bereits mehrere hundert Millionen Franken abgebaut hat.

Das Beispiel „Sozial- und Asylwesen“, wo der Kanton Bern gemäss Bericht überdurchschnittliche Kosten aufweist, zeigt die Unbrauchbarkeit der Finanzanalyse auf. Bei vier von fünf (!) darunter subsummierten Bereichen hat der Kanton Bern unterdurchschnittliche Ausgaben (u.a. „Familie und Jugend“, „Arbeitslosigkeit“ und „sozialer Wohnungsbau“). Hingegen weist der mit rund einer halben Milliarde Franken grosse Bereich „Sozialhilfe und Asylwesen“ überdurchschnittliche Ausgaben auf. Statistische Zahlen zu „Fallkosten“ und „Fallhäufigkeit“ ergeben hier keinen Sinn, werden doch

ohne weitere Differenzierung die wirtschaftliche Hilfe nach Sozialhilfegesetzgebung, allgemeine Fürsorge, Vormundschaft, Asylwesen (Bund), weitere Beihilfen zu AHV/IV zusammengezählt. Hinzu kommt, dass ganze 43 Prozent der Kosten von den Gemeinden getragen werden. Dass beim unterdurchschnittlichen Bereich „Familie und Jugend“ statt Sparen Investieren notwendig wäre, um angesichts der Demographie des Kantons Bern eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten, ist im Bericht leider auch kein Thema.

Fazit: Die Erwartungen, dass der Benchmark von BAKBASEL eine tragfähige Grundlage für eine Angebots- und Strukturüberprüfung leisten würde, haben sich leider nicht erfüllt. Ausser der Erkenntnis, dass der Kanton Bern eine Ausgabenhöhe aufweist, die genau beim schweizerischen Durchschnitt liegt, bringt der Zahlensalat wenig Neues.

Um die kantonale Wirtschaftskraft zu verbessern, muss der Kanton seine Wirtschaftsstrategie umsetzen (erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Investitionen in wertschöpfungsstarke Branchen, Bildung und Forschung). Daher wäre es kontraproduktiv und kurzsichtig, wenn gerade hier gespart würde.

Die Grünen engagieren sich für einen langfristig stabilen und sicheren Finanzhaushalt. Dazu gehören neben ausgaben- auch einnahmenseitige Massnahmen. Die Grünen fordern z.B. einnahmeseitig eine kantonale Obergrenze für den Pendlerabzug bei den Steuern, analog wie dies auf nationaler Ebene im Rahmen der Vorlage für die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) vorgesehen ist. Dies würde dem Kanton auf umweltverträgliche Weise erkleckliche Mehreinnahmen generieren.

Auf der anderen Seite braucht Bern ein durchschnittliches Angebot an öffentlichen Dienstleistungen, damit die Berner Volkswirtschaft nicht in eine Negativspirale gezogen wird. Einseitige Abbaumassnahmen, welche die Wirtschaftskraft und den sozialen Zusammenhalt des Kantons gefährden, lehnen die Grünen ab. Die eindrückliche Kundgebung „Stopp Abbau“ vom 16. März 2013 hat gezeigt, dass auch die Bevölkerung die ewigen Leistungsabbaupakete satt hat.

Für weitere Auskünfte:

Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, Tel. 079 706 62 84

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Tel. 079 263 47 68